

Vorwärts

10 Pfennig

Donnerstag

15. Juli 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verlag: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindelfstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Arbeitsbeschaffung durch das Reich.

Die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung.

Aus der Darstellung des Reichsarbeitsministers über die Entwicklung des Arbeitsmarktes ergab sich, daß ein Rückgang nur auf dem flachen Lande zu verzeichnen ist, während die Verhältnisse in der Industrie stabil blieben, teilweise sogar eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit eintrat. Besserung ist zu verzeichnen im Baugewerbe und im geringen Umfang teilweise in der Metallindustrie. Es wird erklärt, daß es sich bei den 1,7 Millionen Arbeitslosen nicht immer um die gleichen Erwerbslosen handelt, sondern eine starke Fluktuation zu verzeichnen sei. Als Beweis dafür wird aus der Rede des Reichsarbeitsministers darauf hingewiesen, daß von den am 15. Dezember vorhandenen eine Million Arbeitslosen sechs Monate später, also am 15. Juni, nur 280 000 sich noch in der Unterbringung befanden. Diese Verringerung sei auf Arbeitsvermittlung zurückzuführen. Wir halten diese Angaben für reichlich optimistisch, denn es bestehen unseres Erachtens keine ausreichenden Anhaltspunkte dafür, daß es sich um wirkliche Arbeitsvermittlung handelt. Teilweise mag Unterbringung in Notstandsarbeiten vorliegen, teilweise wird es sich aber um ausgesteuerte Erwerbslose handeln.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichstages ist nur eine verstärkte Fortsetzung früherer Bemühungen der Reichsregierung, durch Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es sei also falsch, anzunehmen, daß die Regierung vor dem nichts getan hätte. Im Dezember 1925 waren rund 27 000 Arbeiter bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Diese Zahl erhöhte sich im Mai auf 70 000. Bei Beurteilung dieser Zahlen müsse weiter berücksichtigt werden, daß in kurzen Zeiträumen eine Auswechslung der Arbeitskräfte erfolge. Die bisherige Begrenzung in der Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge lag in der Tatsache begründet, daß bisher die Finanzierung nur aus Steuermitteln erfolgen sollte. Das seien natürlich sehr enge Grenzen gewesen angesichts des Strebens nach Abbau der Steuern.

Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichstages soll nunmehr auch

der Anleihemarkt für diese Zwecke

in Anspruch genommen werden; aber auch hier ergeben sich gewisse Schranken. Immerhin sollen die Arbeiten so gesteigert werden, daß eine größere Zahl von Arbeitslosen beschäftigt werden können. Durch Auswechslung der Arbeitskräfte wird es dann möglich sein, die Gesamtzahl der Beschäftigten in einer größeren Zeitperiode stark zu erhöhen. Erheblich größere Beschäftigungsmöglichkeit soll in nächster Zeit geschaffen werden durch Vergebung von Arbeiten der Reichsbahn, der Reichspost, durch stärkere Förderung des Wasserstraßenbaus. Insbesondere sollen dabei die Arbeiten sofort in Angriff genommen werden, wo die Zustimmung des Reichstages bereits vorliegt. Das Reichskabinett hat außerdem in den letzten Tagen beschlossen, größere Arbeiten auf dem Gebiet des Wasserstraßenbaus in Oberschlesien durchzuführen, das Ostflut des Mittellandkanals in Angriff zu nehmen. Das Reichskabinett ist dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Reichstag diesen Arbeiten ebenfalls zustimmen wird. Eine stärkere Belebung der Bautätigkeit soll durch Reichsmittel erfolgen. Insbesondere soll in nächster Zeit ein umfassendes Bauprogramm für die nächsten Jahre aufgestellt werden. Der Bau von Bandarbeiterwohnungen soll ebenfalls stark gefördert werden, um so die Voraussetzungen einer Erhebung ausländischer Landarbeiter durch deutsche Arbeitskräfte zu ermöglichen.

Wenn vor einem Fatalismus in der Beurteilung des deutschen Arbeitsmarktes gewarnt wird, so ist dazu zu bemerken, daß

kein Anlaß zum Optimismus

besteht. Der Ernst der Lage verlangt aber, daß alles getan wird, um durch erste volkswirtschaftliche Maßnahmen eine wirkliche

Entlastung herbeizuführen. Die deutsche Wirtschaftspolitik, wie sie gegenwärtig betrieben wird, bietet leider keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß solche Hoffnungen berechtigt wären. Auch von der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gilt, daß Reden genug gewechselt sind und die Reichsregierung die Pflicht hat, an Hand der Zahlen über beschäftigte Arbeitslose bei Notstandsarbeiten zu zeigen, daß wirklich etwas geschehen ist.

Vorschläge des Reichswirtschaftsrates.

Der wirtschafts- und finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat in seiner jüngsten Sitzung ausführlich das Problem der produktiven Erwerbslosenfürsorge behandelt. Das Arbeitsproblem ist durch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit allein nicht mehr zu lösen. Die Beschaffung produktiver Arbeit in Deutschland ist durchaus möglich. Die Kultivierung ungeheurer Mengen von Oedland, die Schaffung von Wohnungen, der Bau von Kanälen und Automobilstraßen, die Aufbarmachung von Wasserkräften für die Elektrizitätsversorgung, die Elektrifizierung der Bahnen, der Bau von Schnellbahnen, stellen Arbeiten dar, die unmittelbar in Angriff genommen werden können. Freilich dürfen diese Arbeiten nicht in der Art der viel zu kostspieligen sogenannten Notstandsarbeiten durchgeführt werden. Aus der großen Zahl der Arbeitslosen lasse sich ohne Schwierigkeiten mehrere hunderttausend für die erwähnten Arbeiten vollgeeignete Arbeitskräfte herausfinden und als normale Arbeiter verwenden. Auch wenn sich auf diese Weise nur ein Drittel oder ein Viertel der vorhandenen Arbeitslosen beschäftigen ließen, würden große wirtschaftliche Werte geschaffen werden, die um so mehr ins Gewicht fallen, als bei der Beschränkung auf die reine Arbeitslosenunterstützung große Geldsummen ohne Gegenleistung hergegeben werden. Der Ausschuss empfiehlt der Reichsregierung dringend die Beschreitung des angezeichneten Weges.

Die Aussprache führte zur Annahme der nachstehenden Entschließung:

Der wirtschaftliche und finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates billigt die Tendenz der vom Arbeitsausschuss für die Arbeitslosenversicherung angenommenen Resolution. Inzwischen hat der Reichstag in ähnlicher Weise Stellung genommen. Die Reichsregierung hat ein vorläufiges, der Beschaffung produktiver Arbeit dienendes Arbeitsprogramm vorgelegt. Die vereinigten Ausschüsse glauben, daß bei all den in Frage kommenden Arbeitsbeschaffungen einer genauen Prüfung bedarf, wie es um die wirtschaftspolitischen Wirkungen, die Finanzierung und Ertragsmöglichkeit der einzelnen Projekte steht. Die vereinigten Ausschüsse haben zu diesem Zweck einen Arbeitsausschuss eingesetzt und ersuchen die Reichsregierung, die hier in Frage kommenden Angelegenheiten zu beraten.

Die Notstandsarbeiten des Reiches.

Von der Reichsarbeitsverwaltung sind seit dem April dieses Jahres eine Reihe größerer Notstandsarbeiten neu gefördert worden. Die wesentlichsten davon sind: In Preußen Straßenbau im Bezirk Arnberg, Hofenbauten in Wanne, in Bayern Krafterschließung an der mittleren Isar und verschiedene Bahnbauten; in Sachsen Regulierung der Elster und Talperrenbau bei Weiskerswiefe, in Oldenburg Bau des Meliorationskanals Campesiedelsberg, in Hessen Niedertwässerungen. — Als größere Notstandsarbeiten kommen die in Betracht, die als Förderung über 200 000 Mark aus öffentlichen Mitteln erhalten. Notstandsarbeiten mit Förderung unter 200 000 Mark können von den Ländern allein durchgeführt werden. In Preußen können auch schon die Regierungspräsidenten Notstandsarbeiten mit Förderung unter 100 000 Mark selbständig erledigen.

Der segensreiche Mussolini.

Die Fremden meiden das faschistische Italien.

Aus einer durch das führende italienische Reisebüro kürzlich veröffentlichten Statistik über den diesjährigen Fremdenverkehr geht hervor, daß im Vergleich zum Vorjahre ein starker Rückgang zu verzeichnen ist. Mailand hatte ungefähr die Hälfte des Fremdenverkehrs aufzuweisen wie im Vorjahre, die oberitalienischen Seen nur ein Viertel, das Trentino etwa 70 Proz. der Fremdenverkehr in Rom ist sogar geringer als im Jahre 1924. Vor allem fällt der geringe Besuch von Deutschen auf. Auch in Sizilien hat der Reiseverkehr in diesem Jahre um 30 Proz. gegenüber dem Vorjahre nachgelassen trotz der nicht unerheblichen Fahrpreiserhöhung während des Frühjahres. Auch hier überwiegt das amerikanische und englische Element, während Deutsche und Franzosen nur in geringer Zahl vertreten waren.

Die badischen Kirchenwahlen.

Der Erfolg des Bundes religiöser Sozialisten.

Manheim, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach dem vorläufigen Endergebnis der badischen Kirchenwahlen, das sich nicht mehr wesentlich ändern dürfte, erhält der Volkskirchenbund religiöser Sozialisten 8 Siege in der Landesynode. Dies ergibt beim Zusammengehen mit den Liberalen nicht die Mehrheit, wie es nach den ersten Ergebnissen schien. Der Erfolg ist aber, nachdem die Linke vorher über keinen einzigen Sitz verfügte, trotzdem von großer Bedeutung.

Der Skandal in Oesterreich.

Ein Antrag auf Ministeranklage.

(Von unserem Korrespondenten.)

Wien, Mitte Juli.

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats hat einen Antrag auf Erhebung der Anklage gegen die Regierung eingebracht. Der Antrag gründet sich auf den Artikel 142 der Bundesverfassung, wonach der Verfassungsrat über die Anklage erkennt, mit der die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane für die durch ihre Mittätigkeit erfolgten schuldhaften Rechtsverletzungen geltend gemacht wird. Die Anklage kann gegen die Regierung durch Beschluß des Nationalrats geltend gemacht werden. Die verurteilende Erkenntnis kann auf Verlust des Amtes, unter besonders eintretenden Umständen auf zeitlichen Verlust der politischen Rechte, bei strafgesetzlich verpönten Handlungen auch auf die im Strafgesetz festgelegten Strafen lauten.

Der Anklageantrag gründet sich auf den unglaublichen Skandal, in den die Regierung verwickelt ist und den man als den ärgsten von allen bisherigen Bankstandalen bezeichnen kann. Die Zentralbank deutscher Sparkassen — die schon längst nicht mehr das war, was ihr Name besagte, sondern eine Bank wie viele andere, nur daß sie unter dem Einfluß christlichsozialer und großdeutscher Politiker stand — ist dadurch in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sie hatte nicht nur dem großdeutschen Industriellen Butte für seine industriellen Abenteuer einen großen Teil ihres Vermögens zur Verfügung gestellt, so daß sie schon dadurch, als die Krise kam, zahlungsunfähig wurde, sondern sie hatte zum Schluß auch noch drei christlichsoziale und großdeutsche Banken vor dem Zusammenbruch retten müssen. Die eine war die Tiroler Agrarbank, die andere die Niederösterreichische Bauernbank, die dritte die Steirerbank. Diese drei Banken standen vor dem Zusammenbruch, und ein Zusammenbruch hätte die genannten christlichsozialen Führer, die in diesen Banken arbeiteten, zumindest in Mitleidenschaft gezogen, wenn nicht schwer kompromittiert.

Um das zu verhindern, veranlaßten die Regierung und die christlichsoziale Partei zunächst die Wiener Großbanken, durch große, in die hundert Milliarden gehende Kredite auszuweichen, wofür sie mit Steuerbegünstigungen und auf andere Weise schon entschädigt wurden; als die Banken nicht weiter konnten, wurden ihnen die nötigen Mittel von der Regierung aus den staatlichen Banken — der Nationalbank und der Postsparkasse — zur Verfügung gestellt. Es hatte also schon auf diese Weise die Regierung staatliche Mittel zur Rettung christlichsozialer Parteibanken verwendet. Aber es kam noch anders. Als trotzdem diese drei und einige andere kleinere Banken nicht zu retten waren, veranlaßte die Regierung die „Zentralbank“, die drei christlichsozialen Banken ganz zu übernehmen. Die christlichsozialen Führer und Bankleute waren so gerettet, aber die Zentralbank wurde dadurch noch mehr geschwächt, so daß sie aufs äußerste gefährdet war. Dadurch aber waren zahlreiche Sparkassen, Raiffeisenkassen und ähnliche Institute, die noch immer mit der Zentralbank in Verbindung waren, selbst gefährdet worden.

Statt nun sich an das Parlament zu wenden, und von diesem Hilfe für die gefährdeten allgemeinen Interessen zu verlangen, griff die Regierung zu einem anderen Mittel. Sie mußte zwar, daß die Sozialdemokraten alles tun würden, um einen Ruin der kleinen Sparkassen zu verhindern, sie mußte aber, daß sie Hilfe für die Kapitalisten, die mit der Zentralbank in Verbindung stehen, verweigern, zugleich aber auf strenge Kontrolle, Feststellung und Bestrafung der Schuldigen dringen würde. Deshalb gab der Finanzminister im Namen der Regierung die öffentliche Erklärung ab, daß die Regierung für die Einlagen bei der Zentralbank hafte, ja er stellte, wie sich jetzt herausstellte, ohne es auch nur dem Rechnungshof mitzuteilen, geschweige ohne eine gesetzliche Genehmigung einzuholen, 600 Milliarden Kronen (etwa 40 Millionen Goldmark) zur Bezahlung der Einlagen aus Staatsmitteln zur Verfügung. Jetzt erst, nachdem die Regierung diese 600 Milliarden ausgegeben hat, hat sie sich an das Parlament gewendet und in einem Gesetz die Bewilligung der Garantie für „alle Spareinlagen und Kontokorrente“ verlangt. Die Sozialdemokraten haben durch Aufdeckung des Hintergrundes der ganzen Skandalaffäre durchgesetzt, daß der Ausschuss dieses Gesetz und ein zweites Gesetz, das einen „Einlagensicherungsfonds“ durch Beiträge aller Sparkassen schaffen wollte, zunächst zurückschickte und dafür ein anderes Gesetz beschloß, das der Zentralbank, um sie vor einem Ansturm der Gläubiger zu schützen, ein Moratorium bewilligte, mit der Ueberprüfung der Geschäftsgebarung der Bank ein Kuratorium betraute, dem auch der sozialdemokratische Vizepräsident der Bankkommission, Genosse Stern, dem schon die Aufdeckung manchen Bankenskandals gelungen ist, angehört, und schließlich einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzt, der die Rechte eines Untersuchungsrichters hat.

Aber da die Prüfung der ganzen Geschäftsgebarung der Bank längere Zeit in Anspruch nehmen wird, und mit der Feststellung der Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Bank und für die damit verbundene Korruption noch immer nicht die Vergebung staatlicher Mittel für private Zwecke, nämlich zur Verschleierung christlichsozialer Bank-

Die Kontrollkommission abbaureif.

Eine Feststellung Walshs.

Paris, 15. Juli. (W.T.B.) Wie Havas aus Berlin berichtet, hat beim Empfang in der französischen Botschaft anlässlich des Nationalfestes der Vorsitzende der Interalliierten Militärkontrollkommission General Walsh darauf hingewiesen, daß seine Kommission baldigst nach Frankreich zurückkehren werde.

Englische Ueberraschung über die Kontrollnoten.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ behauptet, sowohl die englischen amtlichen Stellen wie die englischen Vertreter in der Interalliierten Militärkommission hätten erst auf dem Umwege über die deutsche Presse von den Forderungen Kenntnis erhalten, die General Walsh neuerdings gegenüber dem deutschen Reichswehrministerium erhoben habe. In England rechne man damit, daß die deutsche Regierung die weitere Behandlung der aufgeworfenen Fragen solange vertagen werde, bis Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei; dann sei die Möglichkeit vorhanden, die Meinungsverschiedenheiten leicht aus der Welt zu schaffen.

Neue Zusammenstöße in Kalkutta. Als im nördlichen Stadtviertel von Kalkutta Hindus mit einem Bilde einer Göttin in Prozession durch die Straßen zogen, wurden sie von den Mohammedanern mit Steinen beworfen, als es zum Handgemenge kam, mußte die Polizei eingreifen und von der Schutzmannschaft Gebrauch machen. Eine Person wurde getötet, 40 schwer verwundet.

Skandale gesichert ist, hat die sozialdemokratische Fraktion den Antrag eingebracht, die ganze Regierung unter Anklage zu stellen. Man wird ja sehen, ob die Regierungsparteien, die alle beim Skandal kompromittiert sind, es wagen werden, den Antrag abzulehnen, obwohl kein Zweifel besteht, daß das Budgetrecht des Parlaments in größtlicher Weise verletzt wurde. Mit Recht hat der sozialdemokratische Redner in der Debatte erklärt, daß die Regierungsparteien, wenn sie auf Ehre und Gewissen und auf das Staatsrecht des Staates etwas hielten, diese Regierung selbst zum Rücktritt zwingen würden. Wenn auch die Parteien das nicht tun, so wird die Öffentlichkeit um so nachdrücklicher diese Forderung erheben. Jedenfalls aber wird die Öffentlichkeit an diesem Skandal die Korruption der christlichsozial-großdeutschen Politik zu erkennen vermögen.

Drei norwegische Minister unter Anklage. Misstrauensvotum jedoch abgelehnt.

Oslo, 15. Juli. (W.Z.) Das Odelsting hat mit 62 gegen 50 Stimmen beschlossen, gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Berge beim Reichsgericht Anklage zu erheben. Der Vorschlag, auch die anderen Mitglieder des Kabinetts Berge, Sæmne und Røssien, vor das Reichsgericht zu stellen, wurde mit 58 gegen 54 Stimmen angenommen. Der Antrag auf Annahme einer Misbilligungserklärung gegen den Ministerpräsidenten Lykke wurde mit 65 gegen 47 Stimmen abgelehnt. (Es handelt sich um die geschwindige Gewährung eines staatlichen Kredites für ein in Schwierigkeiten geratenes Bankinstitut. In Norwegen läßt das Parlament im Gegensatz zu Deutschland und Oesterreich bei Verletzungen des Staatsrechtes nicht mit sich spaßen! Red. d. W.Z.)

Deutsche Offiziere.

„Wir haben uns einen schönen Dreck angelegt!“

In unserer gestrigen Abendausgabe zitierten wir den Brief eines Auslandsdeutschen aus San Francisco an einen Verwandten in Baden, in dem über das skandalöse Verhalten deutscher Marineoffiziere bei den offiziellen Empfängen in dieser Stadt berichtet wurde. Wenn in den Begrüßungsreden der Gastgeber von der deutschen Republik oder von ihren Farben schwarzrotgold gesprochen wurde, dann hielten die Herren Offiziere; und als vor dem Deutschen Haus schwarzrotgoldene Bänder angeboten wurden, da sagte der eine zu seinem Begleiter: „Du wirst doch nicht auch noch diesen schwarzrotgoldenen Dreck anziehen wollen!“

Da zu Beginn des Briefes vom Dampfer „Hamburg“ die Rede war, konnte es zunächst zweifelhaft erscheinen, ob es sich um ein Kriegs- oder um ein Handelsschiff handelte. Wie wir inzwischen festgestellt haben, betrifft der Vorfall die Offiziere des deutschen Kreuzers „Hamburg“, desselben Kreuzers, der wenige Tage vor seinem Besuch in San Francisco durch großzügigen Flaschenbierverkauf auf seine amerikanischen Gäste im Hafen von San Diego bei Los Angeles einen diplomatischen Zwischenfall zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten hervorgerufen hatten!

Wir geben uns gar nicht mehr der Hoffnung hin, daß von Herrn Gehler irgendetwas gegen die Blumel unternommen werden wird, die auf Kosten des Deutschen Reiches Weltreisen unternimmt, angeblich um das Ansehen Deutschlands zu heben, und die sich abwechselnd in Taktlosigkeit und Gemeinheiten üben. Bestenfalls würde der Reichswehrminister einen „Bericht“ einfordern. Der „Bericht“ würde mit der im Kriege angelegerten militärischen Unwahrhaftigkeit, die uns keiner nachmacht, alles bestreiten und damit basta. Die deutsche Reichsmarine ist eben ein hoffnungsloser Fall, noch hoffnungsloser als die deutsche Reichswehr. Und, mit Bezug auf die be-

treffenden Marineoffiziere der „Hamburg“ können wir nur, um in ihrem eigenen Offiziersjargon zu reden, sagen: Da haben wir uns einen schönen Dreck angelegt!

Deutschnationale Dolchstoßwiderlegung. Niemand hat an Verrat oder Meuterei gedacht.

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht nach französischer Quelle eine Schilderung der großen Meuterei, die im Jahre 1917 das französische Heer in seinen Grundfesten erschütterte. Der französische Durchbruchversuch an der Aisne war im Frühjahr 1917 in einem Meer von Blut zusammengebrochen, was dem führenden französischen General bei seinen Truppen den Namen „der Blutäuser“ einbrachte. Im Anschluß brach unter den französischen Truppen eine Meuterei aus, die nach der Darstellung der „Deutschen Zeitung“ nicht weniger als 113 französische Regimenter erfaßte. Frankreich stand an einem außerordentlich kritischen Punkt und wurde nur dadurch gerettet — was die „Deutsche Zeitung“ verschweigt — daß der deutsche Nachrichtendienst des Obersten Nicolai vollkommen versagte und die deutsche O.H.Z. erst Monate später von den Ereignissen erfuhr.

Aber noch weit interessanter sind die Bemerkungen, die das deutschnationale Blatt an die französische Darstellung knüpft. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt nämlich:

„Deutschland hat in seinem Heer nichts Ähnliches erlebt. An der Front ist von begeisterter Vaterlandsliebe heldenmütig ertragen worden, was gegenüber den französischen Leiden geradezu beispieldlos erscheint. Niemand hat überhaupt an Verrat oder Meuterei gedacht. Trotzdem hat nachher eine verwahteste Etappe und größtstädtisches Gesindel die Macht an sich reißen können, und alle die entschlichen Opfer waren vergeblich gebracht.“

Durch die Schimpferei des letzten Satzes werden die Feststellungen der vorangegangenen Sätze nicht berührt. Sie widerlegen klar das Märchen der Ludendorff und Konsorten, daß die Niederlage des Sommers 1918 durch Verräterei und revolutionäre Unbotmäßigkeit der Fronttruppe verursacht worden sei. Die Führung des Generals Ludendorff hat den Krieg verloren und sein Berliner Leibblatt, die „Deutsche Zeitung“, bestätigt es.

Graf Lerchensfelds Ernennung. Ein gewagtes Experiment.

Die Reichsregierung wird sich nicht wundern dürfen, wenn die Nachricht der bevorstehenden Ernennung des Grafen Lerchensfeld zum Gesandten in Wien als Nachfolger Maximilian Pfeiffers in weiten politischen Kreisen mit einem Gefühl des Unbehagens aufgenommen wird. Dabei sei ausdrücklich hervorgehoben, daß die ausgetauschten Bedenken sich weniger gegen die Person des künftigen Gesandten richten als gegen die Partei, der er angehört. Es sei durchaus anerkannt, daß Lerchensfeld eine der wenigen sympathischen Persönlichkeiten innerhalb der Bayerischen Volkspartei ist. Er hat sich bisher stets von dem blindwütigen, engherzigen Partikularfanatismus ferngehalten, der das typische Merkmal seiner politischen Freunde ist. In der kurzen Zeit, in der an der Spitze der bayerischen Regierung stand, hat er offensichtlich versucht, eine lokale Zusammenarbeit Bayerns mit dem Reich zu erzielen und besonders Friedrich Ebert mußte die Ehrlichkeit dieser Bemühungen zu schätzen. Aber gerade deshalb wurde er von den tonangebenden partikularen „Helden“ der Bayerischen Volkspartei von seinem Posten entfernt und durch den ihnen damals mehr zusagenden — Herrn von Rahr ersetzt. Auch als Reichstagsabgeordneter hat Lerchensfeld, wenn auch in vorsichtiger Form, die Besserung des Verhältnisses zwischen Reich und Bayern angestrebt.

Indessen bleibt er als Mitglied der Bayerischen Volkspartei in hohem Maße geistig von der Münchener Politik abhängig. Und darin liegt eben die große Gefahr seiner Ernennung zum Gesandten in Wien. In den weißblauen Gehirnen spukt seit Jahren der Traum einer katholischen Donaumonarchie — Bayern, Oesterreich und vielleicht dazu noch Ungarn — und kein

bayerischer Volksparteiler bietet die Gewähr für eine aktive Bekämpfung dieses gefährlichen Hirngespinnstes. Das hätte das auswärtige Amt bei aller Berücksichtigung der persönlichen Eigenschaften Lerchensfelds bedenken sollen. Insofern bedeutet die Neubestellung des Wiener Postens durch einen bayerischen Volksparteiler ein gefährliches, überflüssiges Experiment, das man besser vermieden hätte.

Oberbürgermeister Ausländer gestorben.

Brandenburg, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Oberbürgermeister Genosse Walter Ausländer, der sich zur Befestigung der Folgen einer schweren Kriegsverletzung auf Anraten des Berliner Professors Dr. Bier vor einigen Wochen in dessen Behandlung nach Berlin begab und sich einer schweren Operation unterzog, ist heute morgen um 5 Uhr gestorben. Genosse Ausländer wurde am 15. Februar 1879 in Königsberg (Ostpreußen) geboren. Er trat 1908 nach der großen juristischen Staatsprüfung in den Kommunaldienst, wurde 1913 Stadtrat und am 11. März 1920 zum Oberbürgermeister von Brandenburg gewählt. In dem Toten verliert die sozialistische Arbeiterschaft Brandenburgs einen mutigen Streiter und die Stadt selbst ein tatkräftiges Oberhaupt, dessen Wirken sich in den großen, von ihm geschaffenen Werken auch den späteren Generationen zeigen wird.

2 1/2 Millionen für Junglehrer.

Schwierigkeiten mit dem Reich.

Zur Vinderung der Not der Junglehrer in Preußen sind neben aus Reichs- und Staatsmitteln zusammen 2 400 000 Mark bereitgestellt worden. Da das Reich lange Zeit zögerte, sich an der Hilfsaktion für die Junglehrer zu beteiligen, mußte die Zahlung der Fortbildungszuschüsse für noch nicht im Schuldienst untergebrachte Schulamtsbewerber vielerorts wieder eingestellt werden. Das war in Preußen um so schlimmer, als im Dezember 1925 der Gesamtschulden um eine Million erhöht worden und diese Summe den Regierungen im Vorgriff auf die damals in Aussicht stehenden Reichsmittel zur Behebung der Junglehrernot überwiesen worden war. Den Regierungen standen daher für das letzte Viertel des Rechnungsjahres 1925 nicht unerhebliche Mittel für den genannten Zweck zur Verfügung, so daß der Kreis der Zuschuhempfehlungen erweitert werden konnte. Vom 1. April d. J. ab trat dann, wie bereits erwähnt, infolge der Haltung des Reiches ein Stöcken in der Zuschuhzahlung ein. Die Folge war, daß eine ganze Reihe von Junglehrern, die bereits ihre anderweitige Notbeschäftigung aufgegeben und wieder Schuldienste geleistet hatten, nun auf einmal zwischen zwei Stühlen saßen. Mit den nun neu zur Verfügung stehenden Mitteln können jetzt eine Reihe von Nachzahlungen vorgenommen werden. Die durchschnittliche Beihilfe für den Junglehrer beträgt pro Monat 60 Mark (40 Mark für den, der bei den Eltern wohnt, und 75 Mark für die Alleinlebenden). Insgesamt befreit sich in Preußen der aus Reichs- und Staatsmitteln gebildete Hilfsfonds für das laufende Haushaltsjahr auf 5 Millionen Mark.

Tagung des Vereins für Sozialpolitik.

Der Verein für Sozialpolitik wird seine diesjährige Tagung in der Zeit vom 22. bis 28. September in Wien abhalten. Am ersten Verhandlungstage wird das Thema „Die Krisis der Weltwirtschaft“ mit Referaten von Prof. Harms-Riel („Strukturwandlungen der Weltwirtschaft“) und Prof. Culenburg-Berlin („Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit“) erörtert werden. Das Thema des zweiten Tages lautet: „Die Ueberschuldung Westeuropas und die Arbeitslosigkeit“. Die Referate hierzu werden von Prof. Vereboe-Berlin („Bewältigungskapazität der Landwirtschaft“), Prof. Romberg-Gießen („Ueberschuldungserscheinungen in Westeuropa“) und Privatdozent Dr. Winkler-Wien („Die Bevölkerungsfrage auf deutschem Volkssboden“) erlassen. Den Gegenstand der Erörterung des dritten Tages bildet die Frage der „Steuerüberwälzung“, wozu Prof. Mann-Königsberg („Wesen und allgemeiner Verlauf der Steuerüberwälzung“), Prof. Mayer-Wien und Dr. Bunzel („Die Praxis der Steuerüberwälzung“) referieren werden. Etwaige Anfragen sind an den Schriftführer des Vereines, Dr. Franz Boese, Berlin-Hallensee, Bornstedter Str. 10, zu richten.

Der Blick nach oben.

Von Heinrich Holsel.

Unter mir surrt der Rotor des Straßenbahnwagens und rings um mich herum der gewaltige Mechanismus der Großstadt. Wagen, Gerassel, Werdegetrappel, Autohupen, das Rollen und Klingeln der Straßenbahnzüge, Warnungstöne der Rossienter, der Tritt ungezählter Fußgänger, das Geschrei der Zeitungsvorkäufer und noch viele andere Geräusche erfüllen die mit Benzindunst geschwängerte Luft. Es ist der gewohnte Lärm der Großstadtstraße. Da plötzlich überläutet ein lautes, helles Geknatter den dumpfen Lärm der Straße, fällt von irgendwo aus der Höhe auf ihn nieder und scheint ihn zu erdrücken. Die Fußgänger auf den Bürgersteigen mahigen ihre Schritte, bleiben stehen und reden die Köpfe und Hüfte nach oben, auf der Plattform verdrehen die Fahrgäste gleichfalls ihre Köpfe und richten ihre Blicke nach dem blauen Himmel, von wo das Geknatter niederprasselt. Ein Flieger! Hoch oben in der Luft zieht er dahin über der Stadt im raschen Fluge. Und die Menschen blicken aus dem Gewimmel der Straße aufwärts nach dem Flieger, der den Wundervogel dort oben lenkt: der Zeitungsvorkäufer an der Haltestelle, die Frau am Blumenstand, der Mann mit den bunten Luftballons für Kinder, der Schaffner, der Motorführer, der Wachmann, der an der Straßenecke den Dienst versieht. Dann rollt der Wagen weiter und vorüber an einer Gruppe von Arbeitern, die einen tiefen Graben in die Straße gegraben haben, um die Leitungsfabeln bloß zu legen. Die Männer stehen bis zu den Schultern im Graben, halten einen Augenblick inne mit der Arbeit und schauen gleichfalls in die Höhe.

Es liegt etwas Rührendes in diesem Blick der Menschen, der nach oben gerichtet ist nach dem blauen Himmel, wo der Flieger dahinjagt. In diesem Blick aus weitgründigen Augen drückt sich die Sehnsucht dieser Menschen aus, dem ewigen Anerlei des täglichen Lebens zu entfliehen. Diese Sehnsucht schlummert in ihnen, wie in uns allen und glimmt wie ein Funke unter der Asche fort. Irgend ein kleines Erlebnis weckt dieses Verlangen, das der Alltag dann immer wieder ersticht. Diesmal war es der Flieger in schwindender Höhe, den sein Flugzeug in weite Ferne trägt.

Und dann ist der Flieger verschwunden, das Knattern seines Rotors verhallt. Der Zeitungsvorkäufer ruft wieder seine Zeitungen aus, die Blumenfrau preist ihre Blumen an, der Wachmann steht auf seinem Posten, die Menschen hasten, eilen, drängen, und der dumpfe Lärm großstädtischen Getriebes bricht sich an den Mauern der Häuser, über deren Dächern sich der blaue Himmel wölbt, das Vorzimmer des end- und grenzenlosen Weltenschauspiels.

Die Konferenz der deutschen Freunde findet in Hamburg vom 29. Juli bis 1. August in der Lichtwart-Schule am Stadtpark statt. Anmeldungen an G. Albrecht, Hamburg 39, Gröblichstr. 11.

In Sommerfenne und Gletschereis.

Seit acht Tagen ist Sommer, warmer Sommer zweihundert Kilometer nördlich des Polarkreises. Sonnige Tage und Nächte mit Blumenblühen, Himmelblau, satgrünen Matten, weißleuchtenden Schneespitzen und Gletschern. Auf den Bergen blüht die rote Azalee und auf den Lunden und Sumpfmoores die Sumpfschneeglöckchen in tausend weißen Blüten.

Ich bin über den Fjord tief in diese Schlucht eingedrungen und habe unten am Fuße des großen Gletschers mein Zelt zwischen Geröll und Steinblöcken aufgeschlagen. Eißiger Hauch kommt vom Jää-oaara (d. h. Eisberg), wie die Vapen zu dem Gletscher sagen, und ich muß im Pelz am wärmenden Feuer noch aushalten, bis die Sonne soweit herankommt, daß sie in das schmale Tal scheint. Bis dahin hat es aber noch eine gute Weile, und Schlaf finde ich nicht im Zelt trotz Pelz und Wolldecke. Sehnsüchtig schaue ich hinauf zu den sonnengoldenen Gipfeln der Berge, tief unter mir rauscht der Gletscherfluß, milchigweißgrün zwischen steilen Felsen und Besteln. Ich habe heute — oder war es gestern, was weiß ich, es ist Tag und immerwährend Sonne — lange Zeit gebraucht, ehe ich über den Fjord kam. Ursprünglich kam Wind auf und trieb mich ganz weit hinaus, und zu der zehn Kilometer langen Strecke brauche ich über drei Stunden. Nun bin ich todmüde und kann doch nicht einschlafen zu Raste. Meine Kesselle konnte ich nicht mitschleppen, zu schwer waren schon Zelt, Vorrat und Matzeug.

Ueber dem Gletscher schwebt jetzt eine lange Wolke und die zackigen Spitzen der Berge sind darin versteckt. Wenn die Sonne erst da ist, dann macht sie aus der fünf Grad minus fünfundsiebzig Grad plus. Dann fliegt der Pelz ins Zelt und auf geht's in die Berge. Aber erst muß ich schlafen. Wie lange habe ich nicht geschlafen? Ich fange an zu rechnen — sechsundzwanzig Stunden. Die Vapen schlafen manchmal mehrere Tage nicht, bis sie todmüde in eine Zeltdecke taumeln und zwanzig Stunden schlafen.

Das Feuer ist aus, der Kaffee ist kalt, die Wolke verschwunden und in meinem Pelz ein großes Brandloch; aber die Sonne, die liebe Sonne ist da. Jetzt eine kalte Dusche am Schmelzwasserfall, hinterher ein prasselndes Feuer und dampfendes Kaffee, schwarz wie der Teufel, heiß wie die Hölle und süß wie die Liebe; dann mit Ruck und Birkenstock hinauf den steilen Hang.

Blaugrün schillert an einigen Stellen der Gletscher unter der Schneedecke, und überall ist Sonne, von den weißen Gipfeln und dunklen Graten bis hinunter zum Bett der tosenden Wasser und der flachen Wüste des Bergessels. Lärmend schreit ein Schneehuhn auf, es ist graumweiß gepunktet, ein Alpenfalkenweibchen, und auf dem Höhenzug kommen mir einige Kener über den Weg. Wieviel anders wirkt hier auf freier Wildbahn dieses nordische Bild als in unseren zoologischen Gärten. Ich denke mit Trauer an meinen stolzen Jo, den großen stattlichen Gespanshirsch, mit dem ich manche Tagereise durch Boppland, Lunden und Schneestürme zog und der jetzt im Frankfurter Zoo steht. Die Berge steigen hier zwölf- bis sechszehnhundert Meter aus dem Meer, und tausend Meter zu tragen ist schon ein stattliches Stück, zumal in dieser Wildnis, wo der Winter und die Schmelzzeit toll gebaut haben; aber so hoch will ich gar nicht, nur über das große Schneefeld bis zu jenem Felsvorsprung, von wo ich eine gute Sicht habe und den Gletscher malen will. Doch

jetzt wird erst gerastet, Rentierfleisch und Hartbrot heraus und die Wolljacke. Die Sonne hat sich hinter einer Wand verrochen, und gleich ist die Temperatur wieder auf dem Gefrierpunkt. Doch dann bin ich wieder heraus aus der schluchtigen Enge und sehe den blauen Fjord, das jenseitige Ufer mit den dunklen Hängen unter dem Schneefeldern. Tiefe, abgrundtiefe Stille unter azurblauem Himmel, eine grandiose wildromantische Gebirgswelt.

Es ist später Abend und Ritternacht, als ich abwärts steige, im Norden steht die Sonne über den Bergseiten, dunkel liegt unter mir das Tal, und tiefblau das große Gletscherfeld. Doch wenn ich im Lager bin, wird wieder die Sonne dort sein und mein Zelt bestrahlen, daß ich warm schlafe zu Füßen des Jää-oaara-Gletschers. Franz Dubbid.

Die Lebensverhältnisse der Journalisten. Das Internationale Arbeitsamt sandte einen Fragebogen betreffend die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Journalisten an 57 Organisationen der Angehörigen dieses Berufs in 33 Ländern sowie an einzelne Journalisten und geistige Arbeiter. Ingesamt wurden etwa 100 Fragebogen ausgegeben. Bisher langten 29 Antworten ein, die sich auf 17 Länder verteilen, nämlich 15 europäische Länder, die Vereinigten Staaten von Amerika und Brasilien. Die Antworten aus Deutschland und Frankreich sind von besonderem Interesse. Es ist zu erwarten, daß ein vorläufiger Bericht über die Erhebung bald herausgegeben werden kann. Inzwischen wurden die auf das Presserecht bezüglichen Antworten an das Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit weitergegeben, das den hierauf bezüglichen Abschnitt des Berichtes ausarbeiten wird.

Behandlung eines Vulkans. Einer der gefährlichsten Vulkane der holländischen Insel Java ist der Keiser, ein ungefähr 1700 Meter hoher Berg, in dessen Innerem sich ein riesiger Lavasee befindet. Im Jahre 1919 kam bei einem Ausbruch dieses Sees eine Menge von 5000 Menschen um. Nach Angaben des holländischen Blattes „De Ingenieur“ hat nun die holländische Regierung eine Reihe technischer Unternehmungen ins Werk gesetzt, deren Zweck die Entleerung dieses Sees ins Meer hinaus ist. An verschiedenen Höhen über dem Meere wurden Stollen mit schwacher Neigung nach dem Meere zu angelegt. Es gelang auf diese Weise, die Lavamassen aus dem Inneren des Berges zu entfernen. Wenn sich nun in einigen Jahren wieder ein Ausbruch des Vulkans ereignen sollte, so wird ihm durch das Fehlen des Kratersees ein großer Teil seiner Energie genommen. Dies dürfte wohl das erste Mal in der Geschichte der menschlichen Zivilisation sein, daß Vorkerkungen technischer Natur gegen vulkanische Ausbrüche getroffen werden.

Elektrizität in Kanada. Nach Berechnungen des kanadischen Industrieabteilaments verbraucht gegenwärtig jeder kanadische Haushalt 1800 Kilowattstunden jährlich an elektrischer Energie. Zum Vergleich sei bemerkt, daß in Deutschland ungefähr 1000 Kilowattstunden auf den Haushalt entfallen. Die Kanadier beabsichtigen bis 1930 den Verbrauch bis auf das dreifache der gegenwärtigen Höhe zu steigern. Vordringlich ist es, zu beachten, daß in der Schweiz gegenwärtig schon etwa 4000 Kilowattstunden jährlich verbraucht werden, wenn man die von den Bundesbahnen verwendete elektrische Energie ebenfalls auf die Haushalte verteilt.

Frankreichs und Deutschlands Kriegsschulden

Sauerwein fordert die Ungleichung.

Paris, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im „Matin“ befaßt sich am Donnerstag morgen Sauerwein mit der Frage der deutschen Zahlungen aus dem Dawes-Plan, die nach dem Briefwechsel zwischen Churchill und Cailaux in engem Zusammenhang gebracht werden müßten mit den französischen Zahlungen an England und vielleicht auch an Amerika. Wenn danach Frankreich an England nur solange seine Schulden abzutragen habe, als Deutschland seinerseits die 50 Proz. seiner ihm aus dem Dawes-Plan obliegenden Zahlungen einhalte, die französischen Jahreszahlungen sich aber auf 62 Jahre erstrecken, so sei es nicht mehr als billig, wenn auch die deutschen Zahlungen aus dem Dawes-Plan auf diese Zeitspanne sich erstrecken müssen. Bisher habe aber niemand die Dauer der deutschen Zahlungen festgelegt. In London habe man ihm, Sauerwein, erklärt, es kämen höchstens 37 Jahre in Frage. Sauerwein verlangt, daß diese Frage endgültig und möglichst rasch geregelt werde und daß, wenn Deutschland nur 37 Jahre lang Zahlungen aus dem Dawes-Plan zu leisten habe, niemand von Frankreich verlange, daß es 62 Jahre lang, also 25 Jahre länger an seinen Schulden abtrage.

Erholung des Franken.

Der französische Franken notierte heute vormittag in London 187,62 gegen 189,75 an der gestrigen Nachbörse. Die entsprechenden Notierungen stellen sich für die Auszahlung Brüssel auf 203,50 gegen 215,50.

Die Kundgebung gegen Primo.

Der Diktator in Zivil.

Paris, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die gesamte Rechts- und Presse sucht die lauten Kundgebungen gegen General Primo de Rivera bei seiner Anwesenheit bei der großen Truppenparade des Nationalfestes entweder völlig zu verschweigen oder zu beschönigen oder sie übergeht sie mit einigen belanglosen Bemerkungen. Dagegen gibt die Linkspresse und vor allem der „Quotidien“ offen zu, daß die Kundgebungen einen außerordentlich lärmenden Charakter hatten, die sogar die Militärmusik überdünnten. Die Blätter fordern den spanischen Diktator auf, Frankreich möglichst schnell wieder zu verlassen. Am Mittwoch nachmittag machte Primo de Rivera seine Ausfahrten in Zivil, um nicht erkannt zu werden.

König Boris auf Brautfahrt.

Mussolini arrangiert eine Balkanhochzeit.

Prag, 15. Juli. (WTB.) Das tschechoslowakische Pressebureau meldet aus Sofia: Die Auslandsreise des Königs Boris von Bulgarien wird von der Presse lebhaft kommentiert. Die Blätter stimmen darin überein, daß die Reise mit der bevorstehenden Vermählung des Königs im Zusammenhang stehe. Die offiziellen Kreise bewahren noch Stillschweigen. In der Öffentlichkeit wird vor allem der Name der jüngeren Tochter des italienischen Königs, der Prinzessin Giovanna, genannt und behauptet, König Boris sei von dem Herzog von Kosta, dessen Gemahlin eine Schwester der verstorbenen bulgarischen Königin ist, eingeladen worden, einige Tage auf dessen Herrschaft in Oberitalien zu verbringen. Auf eine Anfrage des Korrespondenten des tschechoslowakischen Pressebureaus erwiderte Ministerpräsident Vajtschew, daß er nichts weiter sagen könne, als daß König Boris sich im heiratsfähigen Alter befinde und der italienische König eine heiratsfähige Tochter habe.

Paris vermutet einen bulgarischen Staatsstreich.

Paris, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das bulgarische Pressebureau in Paris veröffentlicht eine Mitteilung, in der es nachzuweisen sucht, daß die Reise des Königs Boris ins Ausland keinerlei politischen Charakter habe. Der König wolle einige Wochen im Ausland, vor allem in der Schweiz, zur Erholung verbringen. Wenn der König auf mehrere Wochen Bulgarien verlasse, so sei dies ein Beweis dafür, daß die Lage des Landes völlig befriedigend sei. Im „Quotidien“ wird demgegenüber heute morgen erklärt, die Reise des Königs sei keineswegs freiwillig erfolgt, sondern von dem reaktionären, serbenfeindlichen sogenannten „Macedonischen Komitee“ erzwungen. Dieses Komitee habe den König im Verdacht, eine liberale Friedenspolitik nach innen und nach außen in die Wege zu leiten. Von diesem Komitee gezwungen, habe König Boris Sofia verlassen müssen, man habe ihm sogar nahegelegt, zugunsten seines Bruders Cyrill, der sich in Wien aufhält, zu demissionieren.

Das deutsche Eigentum in Polen.

Eine deutsche Note fordert die Durchführung des Haager Urteils.

Die polnische Regierung hatte durch ein Gesetz vom 14. Juli 1920 alle nach dem Waffenstillstand geschlossenen Verträge über das durch Art. 256 des Versailler Vertrages ihr zugesprochene deutsche Reichs- und Staatseigentum für nichtig erklärt und auch den aus älterer Zeit stammenden Pachtverträgen über Staatsgrundstücke die Anerkennung verweigert. Auf Grund dieser Vorschriften hat sie 4036 An siedlungsgüter, die nach dem 11. November 1918 von der preussischen An siedlungskommission an deutsche An siedler aufgelassen worden waren, als polnisches Staatseigentum behandelt und 219 Domänenpächter unter Beschlagnahme ihres gesamten Inventars ohne Entschädigung vertrieben. Ebenso hat sie den Beträgen, wodurch die An siedlungskommission alle ihre Rentenrechte an Gütern im abgetretenen Gebiet (u. a. auch das Wiedertaufrecht) der Danziger Bauernbank übertragen hatte, die Anerkennung verweigert.

In seinem am 25. Mai 1926 verkündeten Urteil, in dem die Beschlagnahme des Städtewerks in Chorzow, Ostoberschlesien, für unzulässig erklärt wird, hat nun der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag Grundzüge aufgestellt, die nach deutscher Auffassung die Aufrechterhaltung des polnischen Standpunktes sowohl hinsichtlich des Eigentums der An siedler und Domänenpächter wie hinsichtlich der Rentenrechte unmöglich machen.

In einer dieser Tage durch die deutsche Botschaft in Warschau überlieferten Note ist der polnischen Regierung jetzt vorgeschlagen worden, über die Auswirkungen des Urteils baldigt in diplomatische Verhandlungen einzutreten, sowie mit diesen Verhandlungen die Klärung der übrigen Meinungsverschiedenheiten zu verbinden, die über die Auslegung des Artikels 256 des Versailler Vertrages entstanden sind.

Neue Kämpfe in Marokko. Laut englischen Berichten erlitten die Franzosen in dem Kampf gegen die Atlasberber starke Verluste. Die Stärke der Franzosen wird mit 25 000 Mann, die der Berber mit 5000 Mann angegeben.

Durchsonntes Aergernis.

Nicht einmal die Kinder entwöhnen ihre gewohnte Lebendigkeit, sie laufen nicht herum, auch Brügelchen gehen taum in Szene. Still sitzen sie auf der Erde, und die Kindermädchen haben Zeit genug, sich mit ihren „Romanperlen“ eingehend zu beschäftigen. Barbarisch brennt die Sonne. Auf allen beschatteten Bänken im Schöneberger Stadtpark sitzen die Menschen eng zusammengedrängt, nur ein paar Mütter wagen sich auf die Sonnenbänke, lassen ihre Gesichter verbrennen. Sie sehen aus wie gekochte Krebse. Still sitzen sie da wie Opfer, die sich in ihr Schicksal ergeben haben, sie reden kein Wort, mit fatalistischem Gleichmut sehen sie sich der Sonne aus. Auch im Schatten herrscht bedrücktes Schweigen. Die üblichen Bespräche über die schlechten Zeiten sind verstummt. Man blüht geradeaus, ohne sich zu rühren, höchstens zeichnet man mit dem Stock eine Figur in den Sand, automatisch, ohne sich irgendetwas dabei zu denken. Nur auf einer Bank sitzt eine junge Dame, die sich von der allgemeinen Gleichgültigkeit der Welt gegenüber befreit hat, sie hält eine Partitur in der linken Hand und schlägt mit der rechten den Takt. Niemand beobachtet sie, jeder ist mit sich vollständig beschäftigt. Plötzlich ändert sich das Bild, die junge Dame hat ein Etui gezipft und sich eine Zigarette angebrannt. Kopfschütteln und unterdrückter Karger bei der Umgebung. Das Leben für alle die Erschöpften hat endlich wieder einen Sinn erhalten. Sie raffen sich auf und besinnen sich darauf, daß Karger doch eine sehr anregende Sache im Grunde ist. Der alte Herr mit dem gepflegten Propfenbart, in dem weißen Anzug und mit dem schwarzen, steifen Hut auf dem Kopf murmelt etwas von „verderbtem Deutschtum“. Die alte Dame blüht von ihrem Buch auf, und schüttelt empört den Kopf, zwei senkrechte Falten bilden sich auf ihrer Stirn. Über der Karger kommt zu keinem Ausdruck, er schwält unterdrückt weiter. Man sieht die junge Dame entrüftet an, aber die beachtet die Menschen nicht weiter, sie lebt nur in der Partitur. Dann wirft sie in kühnem Bogen die Zigarette fort, steckt den Auszug in die Mappe und erhebt sich. Schnell und gestrofft geht sie fort, die Hitze hat sie nicht erschlaft. Verärgert sieht man ihr nach, neidisch auf ihre Jugend und unglücklich darüber, daß die Hitze selbst den Ausbruch eines gesunden Kargers verhindert hat. Der alte Herr murmelt noch immer leise vor sich hin, aber dann verstummt auch er. Schwer lastet die Hitze...

Die Durchführung des Kreisverkehrs.

Weitere Berliner Verkehrsreformen.

Um einen reibungsloseren und schnelleren Verkehr in Berlin zu ermöglichen, werden in der nächsten Zeit auf Veranlassung der Verkehrspolizei einige weitere Verkehrsreformen durchgeführt werden. Die Erfahrungen, die man bisher mit dem an verschiedenen großen Plätzen und Straßenkreuzungen eingeführten Kreisverkehr gemacht hat, sind so günstig, daß man diese Verkehrsregelung auch an anderen verkehrsreichen Punkten der Reichshauptstadt einführen will.

Bekanntlich ist schon beabsichtigt, diesen Verkehr am Spittelmarkt und an dem Platz vor dem Brandenburger Tor durchzuführen, und zu diesem Zwecke werden die beiden Plätze einem umgestaltenden Umbau zu erfahren. Während auf Veranlassung der Verkehrspolizei die Arbeiten am Spittelmarkt in aller nächster Zeit begonnen und so schnell gefördert werden sollen, daß bereits im Herbst der Umbau vollendet sein wird, schweben bezüglich der Umgestaltung des Platzes vor dem Brandenburger Tor noch Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der Polizei und des Magistrats, und vor allem wird auch die Städtische Kunstdeputation zu Rate gezogen werden, um ihre Erfahrungen auf städtebaulichem und künstlerischem Gebiet zu verwerthen. Am gestrigen Mittwoch beauftragte die Sachverständigen der Verkehrspolizei die Straßenkreuzung der Rietzel-, Kleist- und Lutherstraße, wo das Anschwellen des Verkehrs in letzter Zeit gleichfalls des öfteren Störungen hervorgerufen hat. Auch an dieser Stelle soll der Rundverkehr eingeführt werden, und zwar sobald die Bauarbeiten der Untergrundbahn-Verlängerungstraße zu Ende geführt sein werden. Des weiteren beabsichtigt die Verkehrspolizei den Verkehr in der Potsdamer und Leipziger Straße nicht mehr durch Verkehrsposten, sondern durch eine einseitige automatische Signalanlage zu regeln, die selbstständig den Verkehr in Richtung der Haupt- und Nebenstraßen freigibt, und zwar gleichmäßig für die gesamte Länge zwischen Bülowstraße und Spittelmarkt. Die Signale werden durch die bekannten roten, grünen und gelben Lichter erfolgen, und zwar werden die Anlagen ähnlich wie das Signal an der Potsdamer und Bülowstraße angebracht werden.

Linksmerheit der Elternbeiräte in Neukölln.

Aus dem Ergebnis der Elternbeiratswahlen vom 6. Juni wird uns vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen eine Zusammenstellung der Neuköllner mitgeteilt, die ein erfreuliches Vordringen der für den Schulfortschritt eintretenden linksgerichteten Gruppe zeigt. Im Hinblick auf den Kampf um das kommende Reichsschulgesetz verdient es Beachtung, daß hier der Damm der sogenannten Christlich-Unpolitischen gebrochen ist und an ihrer Stelle die aus Sozialdemokraten und Kommunisten sich zusammenschließende Liste die Mehrheit der Säge gewonnen hat. Elternbeiräte wurden in Neukölln gewählt aus der Christlich-unpolitischen Liste in Volksschulen 202, in Mittelschulen 16, aus der Liste der Schulaufbau und der Einheitsliste der SPD. und der KPD. in Volksschulen 215, in Mittelschulen 9. In den Volksschulen in Neukölln ist jetzt die Mehrheit der Elternbeiratsmandate in den Besitz der linksgerichteten Parteien. Die praktische Bedeutung der durch dieses Wahlergebnis herbeigeführten Verschiebung ist freilich für die einzelnen Schulen sehr ungleich. Es gibt Schulen, in denen die Christlich-unpolitischen zur Einflugslosigkeit verurteilt sind, Schulen auch, auf die sie niemals einen nennenswerten Einfluß auszuüben vermocht haben. Aber für manche andere Schule wird es auch eines unvermeidlichen Kampfes bedürfen, den Christlich-unpolitischen auch hier ihr Handwerk zu legen. Das aber beweisen die Elternbeiratswahlen, wie verlogen die Propaganda der Gegner ist, die alle Eltern der in Konfessionsschulen stehenden Kinder zu Anhänger der Konfessionsliste stampeln möchten. Diese Ergebnisse lassen hoffen, daß bei angestrengter und eindringender Kleinarbeit der Abteilungen unserer Partei es gelingen wird, einmal in allen Volksschulen Berlins die Mehrheit zu erhalten. Neukölln zeigt uns, daß die Bevölkerung schnell die Vorzüge einer starken sozialistischen Schulpolitik begriffen hat. Schon jetzt müssen wir überall daran gehen, in jeder Schule über den Kreis der gewählten Elternbeiräte hinaus einen Stamm von Vertrauensleuten zu gewinnen, durch die wir Fühlung mit jeder einzelnen Klasse haben.

Selbstmordversuch auf den Schienen.

Große Aufregung verursachte gestern nachmittag auf der Wanneseebahnstrecke der Selbstmordversuch einer jungen Frau. Zwischen den Stationen Steglitz und Botanischer Garten saßen Passanten eine junge Frau mit zwei Kindern auf den Armen den Schienen entlang. Als ein Zug vom Botanischen Garten herannah, ging sie ihm auf den Schienen entgegen. Da sie auf die Zurufe und Winke der anderen Leute nicht achtete, sprangen einige beherzte Männer die Böschung herunter und brachten sie mit Gewalt von dem gefährlichen Wege fort. Auf der Wache des 191. Reviers in Steglitz erlitt die Frau einen Herzversagen zusammenbrach und wurde der Waghafthilfe zugeführt. Es ist eine 22 Jahre alte Frau Martha Adrian aus der Berliner

Straße 3 zu Steglitz. Bei sich hatte sie ihre Tochter im Alter von 1 und 2½ Jahren. Der Grund zu dem Selbstmordversuch ist in den schlechten Wohnungsverhältnissen und Familienverhältnissen zu suchen. Frau Adrian wohnt mit ihrem Mann und den Kindern bei dem Schwiegervater. Die Wohnung, die zwei Zimmer und eine Küche umfaßt, beherbergt außerdem noch die Wirtschafterin des alten Adrian und zwei Schwäger. Zwischen der Wirtschafterin und der jungen Frau war es wiederholt zu Streitigkeiten gekommen. Um ihre Kinder den unerquicklichen Zuständen zu entziehen, beschloß die Mutter, mit ihnen in den Tod zu gehen.

Erdbeben bei Plöhensee.

Durch die starken Niederschläge der letzten Regenperiode hat sich ein großer Teil des Terrains hinter dem Gefängnis Plöhensee längs des Saatwintler Damms erheblich gesenkt. Für die anliegenden Laubenkolonien des Roten Kreuzes und einige massive Gebäude, worunter sich eine Asphaltfabrik befindet, besteht Einsturzgefahr. Erst unlängst stürzte hier ein Teil des Mauerwerks infolge eines Erdbebens ein. Weitere Bodenentsetzungen, die teilweise bis zu 1,20 Meter betragen, sind an vielen Stellen zu beobachten. Die Erdbeben, die ihre Ursache in den starken Niederschlägen haben sollen, haben besonders auf dem Gebiet Lützelhofen, wo sich früher der Teufelssee befand, der seinerzeit zugeschüttet wurde.

Ende einer Fehderei.

Eine verhängnisvolle Bekanntschaft machte auf dem Arbeitsnachweis der 38 Jahre alte Helzer John Eppa aus der Reinickendorfer Straße. Er lernte dort einen Mann kennen, der sich Paul Schulz nannte. Beide gingen zusammen auf die Arbeitssuche und machten im Anschluß daran eine kleine Bierreise, die sie bis in den Tiergarten in der Nähe der Schleuse brachte. Gegen 12 Uhr nachts gerieten die Geschwister in einen Wortwechsel. Der angebliche Schulz zog plötzlich ein Messer heraus und stieß es Eppa in den Unterleib, so daß er schreiend zu Boden sank. Schupobeamte des 29. Reviers, die herbeieilten, brachten den Schwerverletzten in das Krankenhaus Befind, wo er in bedenklichem Zustand darniederliegt. Der Messerheld war sofort nach der Tat geflüchtet und konnte noch nicht ergriffen werden.

Umlenkung von Straßenbahnlinien wegen Bauarbeiten.

In der Nacht vom 19. zum 20. Juli werden von 12 Uhr nachts ab wegen Bauarbeiten an der Kreuzung Charlottenstraße — Leipziger Straße die hier verkehrenden Linien wie folgt umgeleitet: Linie 13, 65, 69, 74, 76, 176, 88, 91, 191 über Mauerstraße, Französische Straße, Oberwallstraße, Hausvogteiplatz, Jerusalemstraße, Leipziger Straße, die Linien 87 und 187 von der Französischen Straße über den gleichen Weg, die Linien 54 und 79 über Mauerstraße, Französische Straße und die Linien 32, 96, 99, 199 über Hausvogteiplatz, Jerusalemstraße, Zimmerstraße, Charlottenstraße, Kochstraße, Markgrafstraße.

Ermäßigte Eintrittspreise in der Treptow-Sternwarte.

Aus Anlaß des dreißigjährigen Bestehens hat die Direktion die Eintrittspreise zu den Filmvorführungen und Lichtbildvorführungen herabgesetzt, außerdem zahlen Kinder nur halbe Preise. Es finden folgende Darbietungen statt: Sonnabend, 17. Juli, 8 Uhr, Sonntag, 18. Juli, 4, 6 und 8 Uhr, „Die Biene Raja und ihre Abenteuer.“ (Film) nach dem gleichnamigen Buch von Waldemar Bonsels. Dienstag, 20. Juli, 8 Uhr, „Wunder des Schneelochs.“ (Film.) Mittwoch, 21. Juli, 8 Uhr, Sonnabend, 24. Juli, 8 Uhr, Sonntag, 25. Juli, 4 und 6 Uhr, „Unter unbekanntem Wälder.“ (Reu-Guinea, das Paradies der Südee.) Sonntag, 25. Juli, 8 Uhr, „Das große weiße Schweigen.“ (Film.) (Todesfahrt Kapitän Scotts zum Südpol.)

Sechs Hitzschläge am Vormittag. Infolge der anhaltenden Hitze — in den Vormittagsstunden wurden 31 Grad gemessen — erlitten sechs Personen Hitzschläge, die die Hilfe der Städtischen Rettungsteams in Anspruch nehmen mußten. Soweit bisher bekannt geworden, ist glücklicherweise kein Fall tödlich verlaufen.

Blutiger Streit im Tiergarten. Im Tiergarten geriet gestern nach der Maschinen Johannes Egge aus der Reinickendorfer Str. 71 mit zwei unbekanntem Männern in Streit, in dessen Verlauf einer von ihnen ein Messer zog und auf Egge einwirkte, der von einem Stroh in den Unterleib getroffen blutüberströmt zusammenbrach. Auf seine Hilferufe flüchteten die Täter und entkamen unerkannt. Der Schwerverletzte wurde nach dem Westender Krankenhaus überführt.

Baunfall am Kottbuser Damm. Auf dem Baugelände der Untergrundbahn vor dem Hause Kottbuser Damm 1/2 ereignete sich kürzlich ein schwerer Unfall. Der 19jährige Zimmermann Ernst Regeler aus der Philippstr. 13 stürzte infolge Bruchens einer Bohle aus beträchtlicher Höhe in die Baugrube und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. In schwerverletztem Zustand wurde er in das Urban-Krankenhaus geschafft, wo er kurz nach der Einlieferung verstarb. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Aus Nahrungsmitteln in den Tod. Der 44jährige Händler Joseph Rogalski erhängte sich heute morgen 58 Uhr in seiner Wohnung in der Türschmidtstraße 30 in Lichtenberg. Der Grund des Selbstmordes ist wirtschaftlicher Zusammenbruch.

Die Baumschule Bruns und Beinroth, Berlin-Niederschönhausen, Schloßgut, veranstaltet am Sonntag, den 18. d. M. von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. eine öffentliche Besichtigung ihrer Baumschulen, verbunden mit einer Rosen- und Blumenschau in der Orangerie unserer Schloßgartnerei. Zur gleichen Zeit werden verschiedene moderne Regenanlagen in Betrieb gesetzt. Ferner werden die für die Unkrautbekämpfung auf den Wegen sowie Schädlingsbekämpfung empfohlenen, bei uns erprobten Mittel praktisch vorgeführt. Auch die Siemens-Schubert-4-P-S-Gartenstraße wird in Betrieb gezeigt.

Helgolands Luftverkehr. Heute vormittag wurde die Bäderstraße zwischen Bremerhaven und Helgoland eröffnet. Entsprechend der Wichtigkeit dieser Strecke wird der Dienst auf ihr durch den bekannten zweimotorigen zwölfzylinder Dornier-Wal-Flugboot-Typ versehen.

Luftmord in Vohum.

In Buer ist die Polizei am Mittwoch einem Luftmord an einem 7jährigen Mädchen auf der Spur gekommen. Seit Dienstag morgen war das Mädchen vermißt, alles Suchen der Eltern war vergeblich. Am Mittwoch nachmittag bemerkte eine Hausbewohnerin an der Decke ihrer Dachwohnung Blut. Die benachrichtigte Polizei fand auf dem Boden des Hauses die mit Ziegelsteinen verdeckte Leiche des Kindes. Das Kind war völlig verblutet und wies alle Anzeichen eines Luftmordes auf. An der Leiche war zunächst ein Stillschlagsverbrechen begangen worden, ehe sie getötet wurde.

Großer Hotelbrand in Amerika. Ein großer, folgenreicher Hotelbrand ereignete sich in Haines Falls. Das Hotel brannte vollständig nieder. Unter den Trümmern sind 12 Personen geborgen worden, die so schwer verbrannt waren, daß ihre Identifizierung nicht festgestellt werden konnte. 16 Gäste und sieben Hausangestellte werden noch vermißt. Der Gatte bemächtigte sich eine Panik, als sie sah, daß die Flammen ihnen den Weg über die Treppen versperrten. Eine Mutter warf ihren kleinen Sohn aus einem Fenster des dritten Stockwerks und sprang dann selbst nach. Während das Kind unverletzt blieb, erlitt die Mutter schwere Verletzungen.

Waldbrände in den Vereinigten Staaten. In den letzten Tagen sind infolge der Hitze und der damit verbundenen Gewitter in den Staaten Idaho und Washington nahezu 100 Waldbrände ausgebrochen. Frauen, die mit ihren Kindern im Automobil flüchten wollten, wurden von den Flammen überholt und sind umgekommen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.

Ueber „die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe“ sprach in einer gut besuchten Bauabgeordnetenversammlung am Dienstag im „Dresdener Kasino“ Genosse Silberchmidt. Er entwarf zunächst ein Bild von dem Umfang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, die in keinem Vergleich steht zu den Vorjahren. Im Juni des Vorjahres waren 3,25 Proz. der gesamten Bauarbeiter arbeitslos, im Juni dieses Jahres dagegen 22,8 Proz. In diesen Zahlen spiegelt sich so recht der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsführung wieder. Bei einem unbeschreiblichen Wohnungsmangel liegen in einer Zeit, in der im Baugewerbe Hochkonjunktur sein müßte, Tausende von Bauarbeitern beschäftigungslos auf der Straße.

Das ist mit einer Folge des Streites zwischen den Ländern und Gemeinden um die Finanzierung der Bauten, der zwar alljährlich schon im November einsetzt, aber erst im April und Mai, wenn die halbe Bauperiode vorüber ist, beendet ist. Dann werden alle geplanten Bauten auf einmal in Angriff genommen und damit dem Baustoffwucher Vorschub geleistet. Der Bauarbeiter ist dadurch mehr als vor dem Kriege Saisonarbeiter geworden. In den Zeiten besserer wirtschaftlicher Konjunktur fand er meist während der Wintermonate als Gelegenheitsarbeiter Arbeit in der Industrie, welche Möglichkeit ihm aber in der jetzigen Zeit nicht gegeben ist.

Durch das vom Reichstag beschlossene Arbeitsbeschaffungsprogramm wird aller Voraussicht nach die Bautätigkeit im zweiten Halbjahre etwas aufleben. Das im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms aufgestellte Bauprogramm ist aber nur eine Vorstufe für kurze Zeit. Es muß schnellstens

das Bauprogramm für das nächste Jahr

aufgestellt werden. Ueberhaupt muß die Regierung dazu übergehen, ein Bauprogramm auf lange Sicht aufzustellen. Es müßten sieben Jahre lang jährlich mindestens 200.000 Wohnungen hergestellt werden, um endlich einmal zur normalen Wohnungsmarktlage zu kommen. Eine Lösung des Wohnungsbauproblems wird allerdings nicht möglich sein, wenn aus den aufgeführten Hauszinssteuererträgen etwa 50 Proz. zum Ausgleich des Etats verwendet werden. Ein ganz unhaltbarer Zustand ist die ungerechte Verteilung der aufgeführten Hauszinssteuer, aber auch an den aufbringenden Gemeinden. Im Vorjahre erhielt zum Beispiel Berlin von 230 Millionen, die es aufbrachte, ganze 65 Millionen. In diesem Jahre werden es von 270 Millionen etwa 90 Millionen sein. Es muß bei der preussischen Regierung darauf gedrungen werden, daß für Berlin der Anteil an der von ihm aufgeführten Hauszinssteuer, aber auch an den Anteilen und an den im Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehenen Arbeiten größer wird.

Der Bauarbeiter muß aus der unwürdigen Rolle des Gelegenheitsarbeiters wieder zum Bauarbeiter gemacht werden. Das ist auch eine volkswirtschaftliche Frage, denn es ist nicht gleichgültig, daß der Bauarbeiter etwa acht Monate nicht als Käufer auf dem Inlandswarenmarkt auftreten können. Eine Belebung des Baumarktes hätte zweifellos eine

Besserung der gesamten Wirtschaftslage

zur Folge, denn vom Baugewerbe sind alle Industrien mehr oder minder abhängig. Die beiden Ausschüsse des Reichs- und Landtages müssen ihr Hauptaugenmerk auf die Durchführung dieser eminent wichtigen Fragen richten, wenn sie wirklich ernstlich bestrebt sein wollen, die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

In der Diskussion wurde von einigen kommunistischen Rednern behauptet, daß durch die im Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossenen Siedlungsbauten für die Landarbeiter und andere ähnliche Arbeiten eine Besserung im Baugewerbe überhaupt nicht zu erwarten sei. Ebenso wurde die Befämpfung der Hauszinssteuer und des Baustoffwuchers verlangt und einige Attacken gegen den V.D.B. geritten.

Genosse Silberchmidt betonte in seinem Schlusswort, daß alle Vorschläge, die ungerechte und unsoziale Hauszinssteuer zu einer gerechten und reinen Zwecksteuer für den Baumarkt umzugestalten, an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert seien. Wenn auch zurzeit von einem Baustoffwucher nicht geredet werden kann, so muß jedoch bei stärkerer Bautätigkeit von der Regierung verlangt werden, daß sie das Kartellgesetz in schärferer Weise handhabe und jeden, der sich des Baustoffwuchers schuldig mache, hinter Schloß und Riegel bringe. Bezüglich der Hauszinssteuer wies Genosse Brüggemann darauf hin, daß es bei den letzten Verhandlungen im Landtag darauf ankam, dafür zu sorgen, daß nicht den Hauswirten die volle hundertprozentige Rente zufalle, sondern ein möglichst großer Teil davon als Steuer, hauptsächlich für Wohnungsbauzwecke, abgeführt werden müsse.

Zur Justifizierung wurden die Delegierten ersucht, den Fragebogen in der letzten Sultwoche möglichst gewissenhaft auszufüllen und der Organisation zu übermitteln. Wo keine Fragebogen vorhanden sind, sollen diese umgehend vom Verbandsbureau abgeholt werden.

Abbaupläne im Kaffee-Großhandel.

Der Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels hat dem Deutschen Verkehrsbund alle Mantel- und Lohnarbeitsverträge für die Handelshilfsarbeiter der einzelnen Branchen zum 30. Juni gekündigt. Vorwas es ihm bei dem Neuaufschluß der Verträge ankommt, das ist bei der grassierenden Abbaumanie unter dem gesamten deutschen Unternehmertum unklar zu erraten. Auch der Arbeitgeberverband des Großhandels möchte an dem zweifelhaften Ruhm teilhaben, zu der Behebung der Wirtschaftskrise auf seine Art beizutragen. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß es hauptsächlich die Syndikate der Unternehmerverbände sind, die den Unternehmern die Idee einflößen, daß ein Abbau der Löhne und der sozialen Bestimmungen der Tarifverträge die „Wirtschaft wieder beleben“ könne.

Das zeigt sich auch bei den Verhandlungen mit den Vertretern des Berliner Kaffee-Großhandels, die am Mittwoch im

Deutschen Großhandelshaus stattfanden. Der einzige Sprecher auf Unternehmenseite war der Syndikus des Verbandes Dr. Engel. In kurzen Sätzen versuchte er die Organisationsvertreter davon zu überzeugen, daß eine „vorübergehende“ Verlängerung der Arbeitszeit von 48 auf 54 Stunden, mit Gewährung von Lieberstundenzuschläge von der 51. Stunde an, eine Verringerung des Urlaubs und des Krankenzulages, obendrein eine „angemessene“ Lohnkürzung unbedingt notwendig seien.

Der Vertreter des Verkehrsbundes trat diesen Ausführungen entschieden entgegen und betonte nachdrücklich, daß doch gerade die Kaffeegroßhändler, die oft nebenbei noch mit Lebensmitteln handeln, am besten spüren müßten, wie durch die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung das Geschäft leide. Eine weitere Verminderung der Kaufkraft eines Teiles der Berliner Bevölkerung müsse das Geschäft noch mehr eindämmen. Die Organisation sei jedenfalls nicht gewillt, auch nur den geringsten Abbau in irgend einer Frage hinzunehmen. Darauf erklärte Dr. Engel, daß der Gewerkschaftsvertreter mit der Phrasologie, die man auch täglich in der Gewerkschaftspresse lesen könne, auf die Vorschläge der Unternehmer nicht eingegangen sei. Darauf wurde ihm nochmals sehr deutlich gesagt, daß man seinen Abbau wolle und den schärferen Widerstand leisten werde, wenn die Unternehmer zum Abbau schreiten würden.

Nach einer kurzen Besprechung unter sich teilten die Unternehmer mit, daß sie von der Erklärung des Gewerkschaftsvertreters „völlig überrascht“ seien und nochmals in einem größeren Kreise die Fragen besprechen müßten. Sie schienen aber nicht nur von der Erklärung des Gewerkschaftsvertreters überrascht zu sein, sondern mehr noch von den Plänen ihres Syndikus, der offenbar mit dem Feuer spielt. Die Verhandlungen wurden vertagt.

Betriebsunfälle in Sachsen.

Die Berichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten zeigen, daß auch in Sachsen die Betriebsunfälle stark zugenommen sind. Wie aus der Zahl der Unfallmeldungen bei den Gewerbeaufsichtsämtern hervorgeht, haben sich die Betriebsunfälle von 23.399 im Jahre 1924 auf 35.408 im Jahre 1925 vermehrt. Die Zahl der tödlichen Unfälle stieg von 126 auf 131. Beachtung verdient die Zusammenstellung, die über die Verteilung der Unfälle auf die einzelnen Tage Aufschluß gibt. Im Leipziger Aufsichtsbezirk ereigneten sich am Sonntag 63 Betriebsunfälle, am Montag 1311, am Dienstag 1407, am Mittwoch 1339, am Donnerstag 1245, am Freitag 1301 und am Sonnabend 890 Betriebsunfälle.

Bezüglich der Verteilung der Unfälle auf die Altersstufen läßt sich an Hand des Berichtes des Zittauer Gewerbeaufsichtsamtes feststellen, daß auf die Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren 5,5 Proz. der Unfälle entfallen, auf die Arbeiter von 18 bis 21 Jahren 11,6, von 21 bis 30 Jahren 33,0, von 30 bis 40 Jahren 19,9, von 40 bis 50 Jahren 13,2, von 50 bis 60 Jahren 9,5 und über 60 Jahren 4,9 Proz. der Unfälle. Offenbar gehört die Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter zu den Altersstufen von 21 bis 30 Jahren.

Nach dem gleichen Bericht hat sich der größte Teil der Unfälle an Maschinen ereignet. Dann kamen jene beim Auf- und Absteigen, Heben und Tragen von Lasten, an dritter Stelle stehen die durch Ausweichen, Stolpern, Höl von Leitern und Treppen. Durch elektrischen Strom haben sich 110 Unfälle ereignet, davon waren 18 tödlich.

Keine Neuauflage von Bergleuten.

In Nr. 318 des „Vormärts“ brachten wir einen vom 8. Juli datierten Drahtbericht aus Dortmund, wonach die Zeche „Kaiserstuhl“ beschlossene, in einigen Wochen ungefähr 600 Bergleute wieder anzulegen.

Wie uns das Eisen- und Stahlwerk Hoersch, Aktiengesellschaft in Dortmund mitteilt, ist diese Rente völlig aus der Luft gegriffen. Eine Erhöhung der Belegschaftsziffer über den jetzigen Stand hinaus ist nicht beabsichtigt.

Neueinstellungen in den ostoberschlesischen Gruben.

Kattowitz, 14. Juli. (T.M.) Auf den ostoberschlesischen Gruben sind in letzter Zeit etwa 7000 Arbeiter eingestellt worden. Wie verlautet, werden in den nächsten Tagen noch weitere 5000 Bergarbeiter eingestellt werden. Die Neueinstellungen dürften in der Hauptsache mit dem englischen Bergarbeiterstreik in Verbindung zu bringen sein.

Ende des Metallarbeiterstreiks in Antwerpen.

Antwerpen, 14. Juli. (T.M.) Der Streik der Metallarbeiter ist, nachdem die Arbeiter die Bedingungen der Arbeitgeber angenommen haben, beendet. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen werden.

Die Lage im englischen Bergarbeiterstreik.

London, 14. Juli. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, angesichts der Veränderung, die seit Annahme des Berichtes der Rechenkommission durch die Regierung in der Lage eingetreten sei, sei es nicht wahrscheinlich, daß die Regierung sich jetzt noch bereit zeigen werden, den Bericht bedingungslos anzunehmen, auch wenn die Bergleute sich nunmehr dazu bereit erklären sollten.

Soll das ein Schreckschuß sein, wäre seine Wirkung von vornherein verpufft. Andererseits handelte es sich um eine Beleidigung der Regierung, der hier eine niedrige Kapazität unterstellt wird.

Die Arbeitslosenziffer Englands.

London, 15. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der englischen Arbeitslosen bezifferte sich am 8. Juli auf 1.645.100 Personen. Das bedeutet eine Steigerung um 5324 gegenüber der Vorwoche und um 344.755 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Die Gewerkschaften Argentiniens im IGB.

Amsterdam, 14. Juli. (T.M.) Die das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes mittelst, hat der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes in schriftlicher Abstimmung das Eintrittsgeld der argentinischen Gewerkschaftszentrale einstimmig genehmigt. Damit sind die argentinischen Gewerkschaften Mitglied der Amsterdamer Internationale geworden.

Wirtschaft

Die Sanierung der Dr. Paul Meyer A.-G. in Berlin. Die elektrischen Werke der Dr. Paul Meyer A.-G. im Berliner Norden, die an 1500 Arbeiter und Angestellte beschäftigten, haben schwere Zeiten hinter sich. Der Geschäftsbericht für 1925, der erst spät herauskommt, erzählt allerdings nichts mehr davon, sondern beschäftigt sich ausschließlich mit der finanziellen Sanierung der Werke. Die Bilanz aber verrät deutlich die Spuren der Vergangenheit. Bei einem Aktienkapital von 2,5 Millionen Mark (ohne 500.000 M. Vorratsaktien) sind Pfandbrief- und Hypothekenschulden von 0,44 Millionen, Akzeptenschulden von 0,60 Millionen, Bankschulden von 2,38 Millionen und sonstige Schulden mit 1,43 Millionen vorhanden. Das sind insgesamt 4,85 Millionen, davon über 3 Millionen drückende Schulden. Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt mit dem Jahresverlust von 208.000 M. einen Gesamtverlust von 2,21 Millionen. Dieser Kassenverlust erforderte natürlich, sollten neue Kredite zur Rettung des Unternehmens erreichbar werden, einen starken Schnitt ins Aktienkapital. Einmal wurden die 500.000 M. Vorratsaktien eingezogen, dann wurde 5:1 auf 500.000 M. zusammengelegt und das Aktienkapital durch Ausgabe von 3 Millionen Mark neuen Aktien auf 3,5 Millionen wieder erhöht. Diese Kapitalerhöhung brachte neue Gelder, aus denen die zinsentfremdenden Bankschulden und Akzente zurückgezahlt bzw. eingelöst wurden. Der Geschäftsbericht meldet Beschäftigung für einige Monate und einen relativ betrieblichen Auftragszufluss. Auch seien durch betriebstechnische und kaufmännische Maßnahmen die Gesehtskosten beträchtlich gesenkt worden.

Zollfragen der Edelfabrikindustrie kamen in der Generalversammlung der Stahl-Röhren- und Eisenbahngesellschaft zur Sprache. Die Gesellschaft besitzt Röhren in ehemaligen Deutsch-Südwestafrika und gewinnt dort stark kupfer- und bleihaltige Erze, aus denen sie selbst Kupfer und Blei zieht. Es kommt dort auch die hochwertigsten Vanadinminerale vor, die infolge ihrer Härte zur Edelfabrikherstellung Verwendung finden. Die günstige Rohstoffversorgung des Bauwertes, wo diese Vanadinminerale zu Edelfabrik verarbeitet wurden, gab der Gesellschaft in der Edelfabrikherstellung gegenüber anderen Ländern ein Übergewicht, dem Amerika durch einen Schutz Zoll von 25 Proz. nach dem Wert und England durch einen Schutz Zoll von 33 1/2 Proz. zu begegnen suchte. Wenn der Zoll auch als Einfuhrhindernis nicht gedacht war, so wird nach der von der Verwaltung in der Generalversammlung geäußerten Ansicht es deswegen diese Wirkung nicht haben, weil die günstigen Herstellungsbedingungen auch durch diese Zölle nicht völlig aufgehoben werden. Die politischen Verhältnisse im eigentlichen Arbeitsgebiet sind erheblich günstiger als in vielen anderen ehemaligen Kolonialgebieten, weil die Regierung der Union der wirtschaftlichen Eigenart und der deutschen Einflutung in diese Gebiete Rechnung trägt. Immerhin sorgt die Stahl-Gesellschaft vor, indem sie sich auch außerhalb Südwests Wirkungsmöglichkeiten sucht. Sie betreibt sich an einem asiatischen Erzkonzentrat, an der Ausbeutung von Baugislagern in West-Ungarn (Baugis ist ein bei Aluminiumherstellung zur Verwendung gelangendes Mineral). Hier sind die Vereinigten Aluminiumwerke ihre Teilnehmer. Die Gesellschaft erzielte bei einem Aktienkapital von 800.000 M. Sterl. einen Reingewinn von 98.976 M., aus dem eine Dividende von 11,11 Proz. zur Verteilung gelangt.

Staat und Zigarettenindustrie. Unsere wiederholt vertretene Ansicht, daß der Staat der unfreiwillige Kreditgeber der Zigarettenindustrie ist, wird durch den Status der bekannten Zigarettenfabrik Batschari bestätigt, die kurz vor dem Untergang stand. Gerettet wurde das Unternehmen nur dadurch, daß Generaldirektor Rinsurg, der frühere Stimmes-Direktor, der sich als selbständiger Industrieller betätigte, das Aktienkapital von 3,5 Millionen Mark aus den Händen der Familie Batschari übernahm zu einem Kurse, der ein Risiko ausschloß. Die Einigung mit den Gläubigern, die er sofort traf, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht der Hauptgläubiger, die Reichsfinanzverwaltung, in weitestgehender Weise Entgegenkommen bewiesen hätte. Die Zwischenbilanz per 1. Juni zeigt auf der Passivseite eine Steuerschuld von 9,88 Millionen Mark, weitere Schulden in Höhe von 1,48 Millionen Akzente mit 0,65 Millionen. Auf der Aktivseite sind für 0,29 Millionen Steuerzinsen vorhanden, ferner Außenstände in Höhe von 7,65 Millionen. (Da ein Teil der Schuldner sich gleich der Gläubiger nicht in besten Vermögensverhältnissen befindet, ist der Eingang zum mindesten zweifelhaft.) Der Staat hat dem Unternehmen für die Steuerschuld langfristige Stundung und keine Abzahlungsraten gemährt, der Aktienbesitzer hat ihm zwecks Einkaufs von Rohstoffen größere Summen zur Verfügung gestellt. Die Umsätze steigen bereits wieder.

Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf, A.-G. Das dem A.G.B. Konzern nahebestehende Unternehmen hat seit seinem Bestehen rentabel bisher noch nicht arbeiten können, weil eine Fertigstellung der Anlage durch die mannigfachen Ereignisse der Inflation ständig unterbrochen wurde. Das Werk besitzt ein aus vier Defen bestehendes Siemens-Martin-Werk, dazu drei Elektrostahlöfen, außerdem ein Feinblechwalzwerk und eine Lokomotivfabrik. Die Rohstoffgrundlage des Werkes ist durchaus günstig. Sie basiert auf dem Berliner Schrott. Das Werk ist am Kanal gelegen. Infolgedessen kann auch die Anfuhr von Kohle günstig erfolgen und ihre Fertigprodukte werden in Berlin abgesetzt. Man beabsichtigt infolgedessen, die Siemens-Martin-Werke und das Feinblechwalzwerk weiter auszubauen und hat, um dem Unternehmen die nötigen Kapitalien zuzuführen, in der Generalversammlung beschlossen, das Aktienkapital von 6 auf 2 Millionen herabzusetzen und dann wieder auf 8 Millionen zu erhöhen. Da zur Bezahlung dieser Aktien auch Teilschuldverschreibungen 1925 verwendet werden sollen, würde man diese damit von 6 auf 3 Millionen M. verringern. Den 8 Millionen Kapital würden somit Anlagen im Werte von rund 12 Millionen gegenüberstehen. Es muß sich nun zeigen, ob die vorgeschlagenen und beabsichtigten Erneuerungen und Erweiterungen des Werkes diejenige Herabsetzung der Produktionskosten bringen, die dem Unternehmen eine ausreichende Beschäftigung sichern.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Seltsman; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götze; Neuigkeiten: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Ed. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Vormärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vormärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Dr. Bernard's Buchenerweine
 gesetzlich geschützt. — Seit länger als 60 Jahren als Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Tuberkulose, Heiserkeit, Bronchialkatarrh, Husten, Asthma, Nerven- und Darmkrankheiten
 Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körpergewichts! Besserung des Allgemeinzustandes. Abnahme des Hustens.
 Originalflasche M. 2.50 Fünf Flaschen (eine Kur) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.
 Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke, Berlin SW 19, Kurstr. 24, Spittelmarkt. — Gegenüber 1658.
 Bestandteile: Destillat des Buchenerweines 1,6, Alkohol 22,0, Enzian 4,0, Pomeranzenschale 4,0, Weißw. 1,50, Sirup 45,0 p

Tapeeten von 25, 30, 35 Pl. an
 herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 36a
 Erste Elsassers Straße

JAHRESSCHAU DRESDEN 1926
Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung | **Internationale Kunst-Ausstellung**
 23. APRIL BIS OKTOBER 1926 | 12. JUNI BIS OKTOBER 1926

Photoapparate
Bedarfsartikel
 Entwickeln - Kopieren
 gut und preiswert
Photo - Spezialhaus Haller
 Kottbuser Damm 98

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren
 Dickmann A.-G., W 57
 Worchendhäuser - Prospekt gradal
 Wald- u. Wasserparzellen - Nachweis.

Begutachtung, Beratung, Bearbeitung
 von Dichtungen aller Art
 bis zur Bühnenreife
 Vermittlung von Uraufführungen
 durch erfahrenen, dramaturgisch geschulten
Spielleiter
 Angebote unter C. V. 2610 an die Geschäftsstelle
 des „Geistigen Arbeiters“, Berlin-Grünwald, Caspar-
 Theys-Str. 23.

Zuckerkrank
 Fragen Sie Ihren Arzt über A. Siegers Anti-diabetikum und verlangen Sie kostenlos diesbezügliche hochinteressante Schriften
 durch **Fr. Löw, Waldorf 837** (Hessen)

Ca. 150 Hochwald- und Landparzellen
 Route 930t an direkt an Stationen
 in 15 Min. von Birkenbrunn
 Besichtigung im Restaurant
 „Altes Bergschloß“
Rieger, Berlin C., Gönnerstr. 5

Berliner Elektriker Genossenschaft
 angechl. dem Verb. sog. Baubetriebe
 Berlin N. 24, Elsassers Str. 86-88
 Fernsprecher: Norden 6528, 6526
 Filiale Westen, Wilmersdorf
 Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831
 Ausstellungsräume und Lager:
 Alexanderstraße 39-40 (Alexander
 Passage), Telefon: Königsstadt 540
 Herstellung elektr. Licht-,
 Kraft- und Signalanlagen. Verkauf
 aller elektr. Bedarfsartikel
 Ausführg. sämtl. Reparaturen
 Preiswerte, gediegene Arbeit

Bettfedern Adolf Pohl
 Dresdener Straße 15
 (Fabrikgebäude.)